

## SOWJETZONE

### ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM ZWEITEN HALBJAHR 1964

#### *Umstellungsschwierigkeiten*

Das Jahr 1964 ging zu Ende, ohne daß der Volkswirtschaftsplan 1965 veröffentlicht wurde. Die Planungsgremien sind mit ihren Problemen nicht so schnell fertig geworden wie im Vorjahr. Der Plan für 1964 war schon

Anfang Oktober 1963 der Öffentlichkeit vorgelegt worden.

Die Gründe für diese Verzögerung liegen nicht in der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung 1964; denn die war besser als im Jahr zuvor. Sie dürften vielmehr in den Schwierigkeiten der Umstellung auf das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖSPL) zu suchen sein — in den vielfältigen Fragen der Neubewertung aller Anlagegüter, dem bisher ungeklärten Weg zu einer „Produktionsfondsabgabe“ (einer Art Steuer für die Nutzung von produktiven Anlagen), in den Auswirkungen der „Industriepreisreform“ und der Neuerungen in den Finanzbeziehungen der Staatsbetriebe untereinander und zu dem staatlichen Bankenapparat, in der Umstellung auf neue Maßstäbe zur Messung und Bewertung der Planerfüllung und in den Konsequenzen der Preis- und Kostenanalysen. Bei der Lösung dieser Probleme stößt die SED zunehmend auf theoretisch-ideologische Schwierigkeiten,

auf die an dieser Stelle schon seit der ersten Kommentierung der „Lieberman-Diskussion“ hingewiesen worden ist.

Auch die nach dem im Juni geschlossenen „Freundschaftsvertrag“ zwischen der Sowjetunion und der SBZ vorgesehene Abstimmung und Koordinierung der Wirtschaftspläne war (trotz des Sturzes von Chruschtschow) in einer Konferenz vom 23. bis 26. Oktober in Moskau durchgeführt worden. Selbst wenn dabei Fragen offengeblieben sein mögen, die ihre Ursachen in Schwierigkeiten der sowjetischen Wirtschaftslage haben, so zeigte die Diskussion auf der 7. Tagung des ZK der SED am Jahresende 1964 deutlich die Bremsen der Planung.

„In unserer Parteiarbeit gehen wir davon aus, daß die weitere Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems von den Finanzorganen eine grundlegende Veränderung ihrer Arbeit erfordert.“ ökonomisches Denken und Handeln müßten überall die entscheidende Rolle spielen. Die Erziehung zu dieser Denkweise sei sehr schwierig. „Wir schätzen ein, daß es eigentlich klar ist, wie es in der Arbeit nicht mehr sein soll, daß aber in der gesamten Parteiorganisation durchaus noch nicht überall Klarheit darüber besteht, wie es sein muß.“ Eine beharrliche ideologische Erziehungsarbeit sei notwendig. Vielfach fehle es bei den Leitern und Mitarbeitern an der notwendigen Qualifikation. „Ein Schwerpunkt der Parteiarbeit wird darin bestehen, in stärkerem Maße als bisher Angehörige der Intelligenz, insbesondere aus den Bereichen der Naturwissenschaften, für die Reihen der Partei zu gewinnen.“

Verhängnisvoll wirkt sich auch aus, daß ein exaktes Kostendenken und wichtige Grundlagen betriebswirtschaftlicher Kalkulation in den starren Fesseln einer 15jährigen Planbürokratie restlos verkümmert sind. „Ökonomische Hebel können nur dann voll wirksam werden, wenn ihnen konkrete Berechnungen des Aufwandes zugrunde liegen.“ Dieser absolut richtigen Feststellung des stellvertretenden Versorgungsministers Lorenz muß man zustimmen. Sie bedeutet, daß auch in den nächsten Jahren keine grundlegenden Änderungen zu erwarten sind; denn auch nach Abschluß der Industriepreisreform bleiben die Preise starr und können nicht den natürlichen Knappheitsverhältnissen angepaßt werden.

#### *Industrieproduktion stieg schneller als im Vorjahr*

Das Wirtschaftswachstum hatte zwar in den Monaten Juli bis Oktober nicht mehr das Tempo des 1. Halbjahres, aber insgesamt hat das Wachstum des Nationaleinkommens erstmalig seit Jahren steigende Tendenz, während in der zurückliegenden Zeit seine Zuwachsraten

immer geringer geworden waren. Dieses Bild ist allerdings in den einzelnen Wirtschaftszweigen recht unterschiedlich.

#### *Zuwachs in vH zum entspr. Vorjahrszeitraum<sup>1)</sup>*

Wirtschaftsbereich	Plan 1964	1. Halbjahr 1964	Juli bis Oktober 1964
Bruttosozialprodukt	+ 4	+ 7	+ 5
Anlage-Investitionen	+ 5,8	+ 11	+ 6,4
Industrielle Brutto- produktion	+ 5,7	+ 5,6	+ 4,2
Privater Verbrauch	+ 4,5	+ 3	+ 5
Ausfuhr	+ 9	+ 10	—
Grundstoffindustrie	+ 6,4	+ 7,8	+ 5,5
Energieerzeugung	+ 7,7	+ 11,5	+ 4,5
Chemische Industrie	+ 7,5	+ 8,5	+ 6,9
Baustoffindustrie	+ 8,6	+ 23,1	+ 8,3
Metallverarbeitende Industrie	+ 8,0	+ 4,4	+ 4,2
Schwermaschinenbau	+ 7,6	+ 3,9	+ 4,7
Allgem. Masch.bau	+ 8,3	+ 7,8	+ 9,4
Fahrzeugbau	—	— 6,3	— 6,5
Schiffbau	—	+ 11,4	+ 8,5
Metallwaren	—	+ 6,1	+ 6,4
Elektrotechnik	+ 7,8	+ 9,5	+ 8,2
Feinmechanik/Optik	+ 9,2	+ 5,2	+ 8,0
Leichtindustrie	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,7
Nahrungs- u. Genuß- mittelindustrie	—	+ 6,8	+ 2,8

1) „Statistische Praxis“ Ost-Berlin, Jg. 1964.

Während seit 1960 der jährliche Zuwachs an Investitionen bei 300 bis 400 Mill. DM lag, soll im Jahre 1964 erstmalig eine Steigerung von mehr als 1 Md. DM erzielt worden sein. Die auf Anlagegüter entfallenden Investitionen sollen in der Zeit von 1949 bis 1964 einen Wert von 165 Md. DM erreicht haben. Finanzminister Rumpf bezifferte kürzlich den Wert aller in der SBZ vorhandenen Anlagegüter auf rd. 250 Md. DM. Davon verfügte die Industrie über 92,6 vH, die Bauindustrie über 0,6 vH, die land- und forstwirtschaftliche Produktion über 0,2 vH, Transport- und Nachrichtenwesen über 0,1 vH, der Handel über 1,4 vH und sonstige Produktionszweige über 0,1 vH. Der Rest von 5,0 vH verteilt sich auf Wissenschaft, Volksbildung, Kultur, Sozial- und Gesundheitswesen, Wohnungswesen und sonstiges.

#### *Bremsen der Investitionsentwicklung*

In diesen Investitionsergebnissen spiegeln sich ohne Zweifel beachtliche Leistungen, vor allem zu Lasten des Verbrauchers, der sich insoweit einschränken mußte. Die investierten Werte allein reichen aber zur Beurteilung der Leistungen nicht aus. Entscheidend sind noch

immer technische Qualität und der volkswirtschaftliche Nutzen. Hierzu hat die Diskussion im ZK der SED sehr betrübliche Feststellungen ergeben.

„Wir bauen im Vergleich zum internationalen Höchststand allgemein zu lange und zu teuer.“ Der Bruttowert aller seit 1958 in der Bauindustrie neu eingesetzten Maschinen soll bis 1964 um das Zweieinhalbfache gewachsen sein, aber ihre Auslastung sei auf 60 vH gesunken. Der Minister für Bauwesen, *Junker*, kritisierte das unzureichende Niveau der Planungs- und Leistungstätigkeit. „Ernstere Versäumnisse hat auch die Leitung der Deutschen Bauakademie auf dem Gebiet der Typenprojektierung zugelassen.“ Besonders beim Wohnungsbau gäbe es schwerwiegende Mängel. Im landwirtschaftlichen Bau seien 1964 die vorgesehenen Leistungen bei weitem nicht erreicht worden. Im Tiefbau seien von den Bauarbeitern im Erdbau nur 40 vH überwiegend an Maschinen eingesetzt — bei Rohr- und Kabelgrabenarbeiten sogar nur 20 vH.

Die SBZ stehe zwar mit einem Anteil von über 80 vH Montagebauweise im Wohnungsbau an der Weltspitze; „trotzdem herrscht die aufwendige Handwerkelei noch vor“. 64 vH der Arbeiten an einem Wohnblock entfallen auf den bautechnischen Ausbau und je 18 vH auf Rohbau und ingenieurtechnischen Ausbau. Das in Schweden bestehende Verhältnis von 33 vH zu 33 vH zu 33 vH bleibe noch immer ein unerreichtes Vorbild. Die Maßgenauigkeit der Betonfertigteile ist schlecht, die Fugen sind ungenau, so daß an den Baustellen erhebliche Nacharbeit anfällt. Es gibt noch keine allgemeingültigen Normen und Vorschriften. Die im Monatsdurchschnitt fertiggestellten Wohnungen sanken von 6861 in 1961 auf 6467 in 1962 und auf 5496 in 1963. 1964 soll eine Leistung von monatlich rd. 6300 Wohnungen erreicht worden sein.

Minister *Matthes* bemängelte den noch immer viel zu hohen Anteil des Baus an den Investitionen. „Gegenwärtig kann der Zementbedarf nicht voll gedeckt werden. Aber zur selben Zeit, da verschiedene Bauvorhaben wegen Zementmangels zeitweilig eingestellt wurden, sind auf der Baustelle Untergrundgaspeicher Ketzin mehrere Hundert Tonnen Zement dadurch vergeudet worden, daß mehr eingesetzt wurde, als zu der geforderten Betongüte nötig war. Das ist kein Einzelfall. In den meisten Betonwerken ist bisher nur ein Bruchteil des Zementverbrauchs nach technisch begründeten Normen vorgegeben und abgerechnet worden.“ Auf 2634 überprüften Baustellen sei nicht nach Materialverbrauchsnormen gearbeitet worden und auf weiteren 3508 Baustellen habe man sich überhaupt nicht um Materialeinsparung bemüht. Auf den Baustellen der SBZ sollten 1964 insgesamt für mehr als 10 Md. DM an Material und Ausrüstungen verarbeitet werden. Für Sparsamkeit hätte

es also genügend Ansatzmöglichkeiten gegeben.

Die Disproportionen in den Baufachgruppen und Gewerken, zwischen Neubau- und Reparaturkapazitäten, zwischen Tiefbau, Montage und Ausbau, zwischen Maler-, Klempner- und Elektrikerkapazitäten werden bei der Bauplanung viel zu wenig berücksichtigt, so daß immer wieder Engpässe entstehen. „Nach wie vor reicht die Baukapazität nicht aus. Jedes Jahr mußten wir deshalb nicht wenige Vorhaben aus dem Investitionsplan herausnehmen“, beklagte sich der Bezirksratsvorsitzende *Mönch* von Frankfurt/Oder. In seine Verantwortung fällt unter anderem der Aufbau der Stadt Schwedt, für den 1965 90 Mill. DM eingesetzt werden sollen.

Sein Kollege *Stief* aus Cottbus kritisierte ähnliche Zustände. „Die neu projektierten und gebauten Anlagen bringen in einigen wichtigen Kennziffern nicht die projektierten Parameter und lösen damit eine ganze Kettenreaktion aus.“ Die territoriale Planung müsse dadurch ständig verändert werden; zusätzliche Arbeitskräfte, Material und Kosten seien das Ergebnis. Schon dreimal habe die Planung für die Wohnstadt im Bereich des Kombinats Schwarze Pumpe geändert werden müssen.

Für die Industrieinvestitionen besitzt die VVB Elektroprojektierung und Anlagenbau eine Schlüsselstellung. Ihre Leistungen beeinflussen entscheidend das Tempo des Aufbaus. Im Oktober 1964 bestanden im Export und gegenüber dem Werkzeug-, Textilmaschinen- und polygraphischen Maschinenbau noch spürbare Lieferrückstände. Generaldir. *Koch* führte das mit auf die „momentan noch ungeklärten Kooperationsbeziehungen, beispielsweise zur VVB Elektroapparate und zur VVB Hochspannungsgeräte und Kabel“ zurück. Bei der Anwendung ökonomischer Hebel stehe man noch am Anfang. Im ersten Halbjahr 1964 habe er 850 Monteure außerplanmäßig von Baustelle zu Baustelle dirigieren müssen.

Für das Jahr 1964 war die Höhe aller Investitionen mit 17,9 Md. DM geplant. Die effektive Leistung lag um 0,5 Md. DM darunter. Hervorzuheben sind vor allem die Rückstände in der Wasserwirtschaft, im Verkehrswesen und bei einigen Großprojekten der Industrie.

#### *Die neue Investitionsverordnung*

Im Oktober hatte der Ministerrat der SBZ eine neue „Investitionsverordnung“ beschlossen, die am 1. Januar 1965 in Kraft getreten ist. Mit ihr sollen „ökonomische Hebel“, Konzentration auf die volkswirtschaftlich wichtigsten Objekte, Festlegung klarer Verantwortungsbereiche und eine Vereinfachung des Ver-

laufs zu einer Verbesserung der Investitionstätigkeit führen. Besonders fällt auf, daß künftig die Investitionskosten aus Betriebsgewinnen und Krediten zu finanzieren sind. Neben die Verteuerung durch den Schuldendienst tritt bei allen noch nicht abgeschlossenen Vorhaben die Kostensteigerung durch die Industriepreisreform. Sie soll durch Einsparungen aufgefangen werden, ein Verfahren, das den bestraft, der korrekt geplant hatte. Die Zwischenfinanzierung während des Baues haben die Baubetriebe mit Mitteln der Investitionsbaubank und die Ausrüstungsbetriebe mit Mitteln der Notenbank vorzunehmen. „Einfach Investitionsmittel aus dem Staatshaushalt anzufordern, wird nicht mehr möglich sein.“

Zu einem noch unvollständig gelösten Problem wurde bei dieser Regelung die Sicherung einer einwandfreien Leistung der „Verkäufer“ der Investitionen, der Projektierungsbetriebe. Sie wurden bisher voll aus dem Staatshaushalt finanziert. Sie sollen jetzt vom Verkauf ihrer Planungsprojekte leben, jedoch ist die Zapfstelle an der Staatskasse für sie noch nicht völlig verstopft worden. „Da zu einem echten Verkauf auch die Garantieleistung gehört, haften die Projektierungsbetriebe in Zukunft materiell dafür, daß die im Projekt enthaltenen technisch-ökonomischen Parameter auch von der fertigen Anlage erreicht werden.“ Bei Großprojekten können mehrere Jahre vergehen, bis die Einhaltung der versprochenen Leistung als bewiesen angesehen werden kann. Mit Sicherheit werden die „Staatlichen Vertragsgerichte“ aus dieser Regelung mit neuem Prozeßstoff rechnen dürfen; denn vor dem finanziellen Risiko möchte sich doch gerade derjenige drücken, dessen Leistung nicht einwandfrei war. Im übrigen haben die Projektierungsbetriebe ein Risiko im Sinne einer Wettbewerbswirtschaft nicht zu tragen. Niemals kann ihnen ein Konkurs drohen; denn sie sind Staatsbetriebe. Sie müssen weiter arbeiten, weil ihre Leistung, selbst wenn sie Mängel aufweist, nicht entbehrt werden kann.

### *Vorrangige Verstärkung der chemischen Industrie*

Einen der Hauptschwerpunkte in der Erweiterung der Industriekapazität bildet die chemische Industrie. Bei ihr betrug 1964 der Zuwachs an Investitionen 12 vH und lag damit weit über dem Durchschnitt. Vor allem soll die Erzeugung von Chemiefasern, die auf Erdölbasis wesentlich billiger ist als auf Kohlebasis, gesteigert werden. Die von einem amerikanischen Konzern erworbene Lizenz dient der Herstellung von Orion, Acrylon und Crelon. Die Pipeline aus der Sowjetunion bis Schwedt/Oder ist fertig. Das Erdöl kann fließen. Al-

lerdings fehlt bei den Verarbeitungsbetrieben noch einiges. Daher auch das starke Bemühen um die erwähnte amerikanische Lizenz. Das einzige Hindernis für dieses Geschäft wäre die Zahlungsunfähigkeit der SBZ. Damit scheint man in den USA nicht zu rechnen. Praktisch steht hinter dieser Aktion ja auch die Bürgerschaft der Sowjetunion.

1964 wurden in den mitteldeutschen Chemiebetrieben u. a. 199 000 t Plaste, 7566 t Polystrol-Perlpolymerisat, 54 296 t Harnstoff, 4047 t Polyäthylen erzeugt. Weitere Angaben enthält der amtliche Bericht über die Planerfüllung 1964<sup>1)</sup> nicht. 1963 hat die gesamte Chemiefaserproduktion der SBZ etwa 158 000 t betragen, davon 15 600 t synthetische Fasern. Zur chemischen Industrie zählen über 1000 Betriebe mit 270 000 Beschäftigten. Sie produzieren rd. 15 vH der gesamten Industrieerzeugung. 42 vH der Chemieproduktion stammen aus dem Bezirk Halle. 16 vH des Exports der SBZ entfallen auf chemische Erzeugnisse. Wenn sie auch in der Fasererzeugung noch am Anfang der Entwicklung steht, so ist die SBZ nach der Pro-Kopf-Produktion an chemischen Erzeugnissen zur Spitzengruppe aller Industrieländer zu rechnen. Das monatliche Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten der Chemie soll 1963 über 600 DM betragen haben (Bundesrepublik einschl. Lehrlingen.; rd. 800 DM). Eine der Folgen dieser bevorzugten Entwicklung und besonderen Stärkung der chemischen Industrie ist die noch immer angespannte Energielage der SBZ; denn mit einem Anteil von 43 vH steht die Chemie weit an der Spitze aller Stromverbraucher. „Zu den Betrieben, die jedoch noch keine ausreichenden Schlußfolgerungen (aus der Erhöhung der Energiebezugspreise) gezogen haben, gehören auch die Leunawerke. Dort sind die Maßnahmen zum Auffangen der jetzt höheren Energiekosten ungenügend.“

In dem schon erwähnten Abkommen mit der Sowjetunion vom Juni 1964 ist bis 1970 die gegenseitige Lieferung kompletter Anlagen für die chemische Industrie vorgesehen. Die SBZ kann ihre Verpflichtungen nur erfüllen, wenn ihr entsprechende Anlagen aus dem Westen im Werte von mehreren hundert Mill. D-Mark geliefert werden.

### *Zwang zum Export*

In der Industrieentwicklung der SBZ scheint jetzt der Augenblick gekommen zu sein, wo der Zwang zum Export nicht mehr allein aus dem ungewöhnlich starken Mangel an eigenen Industrierohstoffen genährt wird, um auf die-

1) „Neues Deutschland“, Ost-Berlin, vom 13. 1. 1965.

sem Wege zum kaufkräftigen Einkäufer zu werden, sondern auch aus der Notwendigkeit resultiert, zur Ausnutzung aller Möglichkeiten der technischen Entwicklung die Produktionskapazitäten so zu bemessen, daß der einheimische Absatzmarkt einfach nicht mehr ausreicht. Je mehr hierbei Handelsbeziehungen zu Partnern außerhalb des Ostblocks gewonnen werden, um so stärker wird zugleich der Zwang zur Rationalisierung der Produktion und zur Rentabilität. Das neue ökonomische System und in ihm vor allem der Versuch, sich einer exakten Kostenrechnung zu nähern, erhält also auch aus der stärkeren außenwirtschaftlichen Verflechtung starke Impulse.

Einer der intelligentesten Vertreter der Wirtschaftstheoretiker der SBZ, Prof. *Kohlmeier*, hat dieses Problem kürzlich sehr offen angepackt. Es bestünde im Ostblock zuwenig Spielraum für internationale Spezialisierungen in der verarbeitenden Industrie. Auf industrielle Fertigerzeugnisse entfielen nur 15 vH der Einfuhr der SBZ, 85 vH wären Roh- und Brennstoffe sowie Nahrungsmittel. Nur bei einem exportorientierten Wachstum könne auf die Dauer die mitteldeutsche Industrie technisch gut und rentabel produzieren. Nur so sei es möglich, unrentable Produktionen zu stoppen und die rentablen Zweige aufzubauen und zu verbessern. Diesen Gegebenheiten des „Gesetzes der komparativen Kosten“ könne man sich nicht entziehen. Er hob die folgenden Aufgaben besonders hervor: Am wichtigsten sei die Einsparung von Roh- und Brennstoffen in der Verarbeitung: „Wir sind hier z.T. noch stark von den internationalen Bestwerten entfernt.“ Die Qualität der Exportwaren müsse verbessert werden. Mehr Gewicht sei auf synthetische Materialien zu legen. Statt der Rohstoffe sollten mehr Halb- und Fertigwaren importiert werden. Ungünstige Importe aus dem Ostblockbereich sollten auf westliche Länder verlagert werden. In den Außenhandelsbeziehungen im COMECON müßten die kommerziellen Faktoren verstärkt werden.

Es ist logisch, die offizielle Aufforderung nach stärkerer Beachtung der ökonomischen Grundgesetze und konsequenter Anwendung ökonomischer Hebel auch auf die Außenwirtschaft der SBZ zu beziehen. Das Beispiel Rumäniens wirkt weiter. Will man im Wettlauf mit der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Westen mithalten und nicht immer weiter zurückfallen, so ist es unvermeidlich, sich aus der politisch-ideologischen Verkrampfung zu lösen und der Wirtschaft zu geben, was der Wirtschaft zukommt.

„Wir haben feststellen müssen — ob uns das gefällt oder nicht —, daß in den letzten fünf bis acht Jahren große kapitalistische Konzerne den Prozeß der technischen Revolution mit Erfolg zu meistern verstanden . . . , weil sie die Bedeutung der technischen Revolution

frühzeitig erkannt und entsprechend gehandelt haben. . . Die technische Revolution drängt objektiv auf die Internationalisierung der wirtschaftlichen und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Damit entstanden neue, große Aufgaben für den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, die gegenwärtig noch nicht gemeistert werden.“ Diese Ausführungen *Ulbrichts* auf der Diskussion des ZK sind deutlich genug. „Die Wirtschaftsbeziehungen der Länder des RGW untereinander und auch mit den kapitalistischen Ländern haben sich entwickelt. Es genügt aber nicht, Maschinen und Ausrüstungen in anderen Ländern zu kaufen. Entscheidend ist die Entwicklung einer weltmarktfähigen Produktion in jedem Land.“ *Ulbricht* sieht noch allein in der Zusammenarbeit im Ostblock, im RGW, die Aufgabe und den Weg zu einer technischwirtschaftlichen Leistungssteigerung. Seine Mitarbeiter sehen teilweise schon weiter.

Diese Einsicht in die Dialektik der Entwicklung schärft auch das kritische Vermögen, eigene Schwächen zu erkennen. „Die Werkzeuge, die im Maschinenbau gebraucht werden, können nur so gut sein, wie es der Werkstoff erlaubt. In den fortgeschrittenen Industrieländern gibt es Schnellstähle, die eine Schnittgeschwindigkeit erlauben, die um 30 bis 50 vH höher ist, als es die bei uns hergestellten Stähle zulassen.“ Auch der unzureichende wissenschaftliche Verlauf der Produktion wird unter die Lupe genommen. „Nachgerade unerträglich wird die Duldung solcher Erscheinungen, daß Wissenschaftler und ganze Kollektive nur 20 vH ihrer Arbeitszeit der eigentlichen Forschung widmen, und wir uns mit einem Lächeln zufriedengeben. Ebenso wenig entspricht die Struktur unserer Forschungskapazität den heutigen Anforderungen. Wir besitzen beinahe soviel Forschungsinstitute wie die USA, in den USA gibt es aber zehnmal soviel Wissenschaftler wie bei uns.“

Die Sicherung der Qualität der Erzeugnisse sei zu einer Lebensfrage geworden. „Der schnelle technische Fortschritt in den maßgebenden Industrieländern veranlaßt uns, viel stärker als bisher die Aufmerksamkeit den Patenten und der Kenntnis des internationalen Patentrechts zuzuwenden.“ Exporterzeugnisse, die nicht zu oder nur unter den Gestehungskosten verkauft werden können, seien volkswirtschaftlich ein Schaden.

Die Fortführung der *Liberma*n-Diskussion hat die Tendenz zur Beseitigung der Isolierung der Ostblockwirtschaft verstärkt. Die von *Ulbricht* noch vor zwei Jahren geforderte Einengung des Interzonenhandels wurde aufgegeben. Man sucht den wirtschaftlichen Kontakt mit dem Westen. Wer beim Schachspiel in Zugzwang gerät, verliert die Übersicht und dann das Spiel. Wir sollten mithandeln.

*Dr. Walter Meier*